

Putin beschwört die «innere Stärke»

KONFLIKT Die EU verlängert ihre Sanktionen gegen Russland und die Krim, da der Friedensplan nicht eingehalten wird. Präsident Wladimir Putin gibt sich unbeeindruckt.

FABIAN FELLMAN, BRÜSSEL
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

Der Zeitpunkt hätte für Wladimir Putin nicht besser sein können. Gestern Freitag empfing er den griechischen Premierminister Alexis Tsipras am Weltwirtschaftsforum von Sankt Petersburg. Der russische Präsident umwirbt Tsipras wie keinen anderen europäischen Spitzenpolitiker: Es war gestern der zweite Besuch innert nur zweier Monate. Das erstaunt nicht. Mit der EU liegt Putin wegen der Ukraine im Streit, und Griechenland könnte nützlich sein, Sanktionsbeschlüsse in der EU zu blockieren.

Bisher ist das allerdings nicht geschehen. Gestern und am Mittwoch stimmten die griechischen Vertreter in Brüssel zwei Verlängerungsbeschlüssen für die Sanktionen gegen Russland und die Krim zu: Die wirtschaftlichen Sanktionen gegen Russland werden bis Ende Jahr verlängert, wobei der formelle Beschluss erst am Montag fallen wird. Die Investitions- und Handelsblockade für die Halbinsel Krim wird sogar bis Mitte des kommenden Jahres verlängert.

Putin betreibt Schönfärberei

Putin versuchte die Wirkung der Sanktionen gestern kleinzureden. Russland habe die «innere Kraft», um die negativen Folgen aufzufangen, sagte Putin. Der Westen solle aufhören, in der «Sprache der Ultimaten» zu kommunizieren. «Wir wurden Ende des vergangenen Jahres vor einer schweren Krise gewarnt», sagte Putin. Seiner Ansicht nach ist diese jedoch nicht eingetreten. «Sie ist nicht gekommen. Wir haben die Situation stabilisiert», sagte Putin. Er schlug seine üblichen nationalistischen Töne an: «Auf unserer Seite sind Unternehmer und neue Führer, die bereit sind, für Russland und seine Entwicklung zu arbeiten. Darum sind wir uns des Erfolgs absolut sicher.»

Das ist eindeutig Putin'sche Schönfärberei. Zwar sind die jüngsten Wirtschaftsdaten wieder leicht besser als



Die von der EU verhängten Sanktionen treffen die Krim hart: Der Tourismus ist im freien Fall. Im Bild: ein Mann an der sonst lebhaften Hafenpromenade von Jalta.

Keystone/Alexander Zemlianchichenko

noch zum Jahreswechsel: Der Rubel hat sich gegenüber dem Dollar etwas stabilisiert, und die Teuerung ist leicht gesunken. Die Inflationsrate liegt aber immer noch bei hohen 15,8 Prozent, die Zentralbank erwartet in diesem Jahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 3,2 Prozent.

Und die Zukunft sieht keineswegs rosiger aus: Die EU-Länder versuchen sich von russischem Gas unabhängiger zu machen, welches für Putin die wichtigste Einnahmequelle darstellt. Europa wird zwar noch viele Jahre lang russisches Gas kaufen. Aber die EU hat unlängst ein Verfahren wegen der Preissetzung des halbstaatlichen russischen Energielieferanten Gazprom in die Wege geleitet.

Russland braucht sein Geld selbst

Zudem hat die EU ein Pipeline-Projekt blockiert, mit dem Russland die Ukraine umgehen wollte. Auch darum bringt Putin dem Griechen Tsipras den Schmus: Russland plant, eine neue Gas-Pipeline durch Griechenland auf den Balkan und nach Südeuropa zu führen. 2019 soll diese fertig sein, eine entsprechende Absichtserklärung haben die beiden Länder gestern unterschrieben. Russland werde den Bau mitfinanzieren; die Summe wird auf rund 2 Milliarden Euro geschätzt.

Putin versucht damit, sich einen Verbündeten in der EU zu kaufen. Allzu viel Erfolg wird er sich davon kurzfristig aber nicht versprechen. Zwar machen immer wieder Spekulationen die Runde, Griechenland könnte sich von Russland Geld leihen und der EU im Streit um seine Staatsschulden den Vogel zeigen. Doch müsste Putin einen Grossteil seiner flüssigen Mittel dafür aufbringen, und das in einer Zeit, in welcher der russische Staat das Geld selbst dringend braucht. Bisher hat Putin jedenfalls keine Lust bekundet, Tsipras Dutzende Milliarden zu leihen. Er hat mehr davon, wenn die Griechenland-Krise weiter schwelt und die EU politisch auf Trab hält sowie finanziell unter Druck setzt.

Tsipras seinerseits sagte gestern in Sankt Petersburg, Europa habe sich lange für das Zentrum der Welt gehalten, doch die Welt ändere sich. «Russland ist einer unserer wichtigsten Partner», so Tsipras. Mit Blick auf die Pattsituation in der Krim-Krise und die Verlängerung der EU-Strafmassnahmen forderte der griechische Ministerpräsident einen Neuanfang: «Der Teufelskreis der Sanktionen muss durchbrochen werden.»

Die Griechen räumen aus Angst ihre Konten leer

SCHULDENKRISE sda. Angesichts der Unsicherheit, ob eine Einigung zwischen Athen und den Geldgebern im Schuldenstreit noch möglich ist, räumen immer mehr Griechen Geld von ihren Konten ab. Um die griechischen Banken liquide zu halten, erhöhte daher die Europäische Zentralbank (EZB) gestern offenbar die Nothilfen. Derweil richten sich die Augen auf den am Montag angesetzten Euro-Sondergipfel.

«Die Nothilfe-Erhöhung wurde genehmigt, sie alle erwarten ein positives Ergebnis des Gipfels am Montag», sagte eine mit dem Vorgang vertraute

Person gestern. Aus Finanzkreisen war zu hören, dass die griechische Zentralbank um eine Erhöhung der Nothilfekredite (ELA) von mehr als 3 Milliarden Euro gebeten habe. Auf wie viel die EZB die Nothilfe tatsächlich aufstockte, wird offiziell nicht bekannt gegeben. Am Montag will der EZB-Rat erneut beraten.

bleiben die Banken geschlossen?

Aus Angst vor einer Staatspleite Athens heben die griechischen Bankkunden viel Geld von ihren Konten ab, um es ins Ausland zu transferieren oder als Bargeld zu horten. Von Montag bis

Mittwoch hatte sich das Tempo der Abhebungen auf insgesamt 2 Milliarden Euro verdreifacht. Damit flossen allein in der laufenden Woche über 2,2 Prozent der Ende April von den Banken verwalteten Kundeneinlagen ab.

Doch noch ist nicht von einem «Bankrun» die Rede. Notenbankchef Yannis Stournaras erklärte in Athen, die Banken seien stabil. Das Geld, das laufend abfließt, fehlt jedoch den Banken in ihrem Tagesgeschäft. Die EZB ist laut Insider deshalb nicht sicher, ob die Geldinstitute am Montag noch ihre Schalter öffnen können.

49,92 Prozent misstrauische Gebührenzahlende?

50,08 Prozent für das RTVG – 3696 Ja-Stimmen gaben bei der letzten eidgenössischen Volksabstimmung den Ausschlag für den Systemwechsel bei den Radio- und Fernsehgebühren – seit Einführung des Frauenstimmrechts ist noch nie eine Abstimmung so knapp ausgefallen. Der in vielen Medien auch als Abstimmungskrimi bezeichnete Sonntag wurde im Nachgang zur Abstimmung oftmals als Misstrauensvotum gegenüber der SRG bezeichnet. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte auch ein gewisses Unwohlsein über die Finanzflüsse, das heisst die Verwendung der Gebührengelder, gewesen sein – auch wenn dies die Verantwortlichen der SRG naturgemäss nicht so direkt bestätigen wollten, ging es offiziell ja nur um den Systemwechsel bei der Bestimmung der zahlungspflichtigen Institutionen. Wenn sich ein Aussenstehender über die Mittelzu- und -abflüsse bei der SRG informieren will, so ist der SRG-Geschäftsbericht dazu eine wertvolle Grundlage.

Wie ein Blick in den neuesten Geschäftsbericht von 2014 zeigt, ist es zuerst notwendig, zu spezifizieren, über was bei der «SRG» überhaupt gesprochen werden soll. Während nämlich zu Beginn des öffentlich einsehbaren Finanzberichts von einem «Unternehmensergebnis» von 4,8 Millionen Franken gesprochen wird (fachlich gesehen handelt es sich dabei um einen Gewinn,

das heisst einen Überschuss von Ertrag über Aufwand), wird in einer weiter hinten veröffentlichten Erfolgsrechnung sogar ein Konzernergebnis von 8,4 Millionen Franken gezeigt (die Zifferndrehung ist kein Druckfehler!).

Der markante Unterschied zwischen den beiden Zahlen wird klar, wenn man sich die Struktur der SRG deutlich macht: Die in der Stammhausrechnung gebuchten Erträge und Aufwendungen mit einem Saldo von 4,8 Millionen be-

AUSSICHTEN

treffen ausschliesslich die SRG selber, das heisst, die von ihr beherrschten sechs Subeinheiten, (Tochtergesellschaften) sind darin nicht enthalten. Wie ein Vergleich mit der Konzernrechnung zeigt (diese umfasst alle Erträge und Aufwendungen der Gruppe), stellen die Empfangsgebühren von 1210 Millionen Franken auf Stufe Stammhaus auch den wesentlichsten (und identischen) Umsatz auf Stufe Konzern dar.

Wie den meisten bekannt sein dürfte, dominieren dabei die von gegen drei Millionen Gebührenzahlenden geleisteten Abgaben für das Fernsehen: Im Jahre 2014 sind das 293 Franken pro Privathaushalt, Radio 169 Franken. Nach der Volksabstimmung vom Sonntag

dürften sich hier erwartungsgemäss Veränderungen ergeben. Interessant ist der buchhalterische Umgang mit diesen Zahlungen. Obwohl die Gebühren in einem bestimmten Jahr in Rechnung gestellt werden (abrechnungstechnisch passiert dies durch die von der SRG mandatierte Billag AG), ist nicht davon auszugehen, dass sämtliche vereinbarten Gebühren auch als Ertrag gezeigt werden. Die Erfolgsrechnung folgt gemäss den massgeblichen Vorgaben dem Periodisierungsprinzip, das heisst, Erträge werden grundsätzlich nicht von einem Zahlungsvorgang abhängig gemacht, sondern werden dann gebucht, wenn ihnen ein entsprechender Aufwand gegenübersteht.

Wurden nun 2014 Empfangsgebühren für das Folgejahr 2015 bezahlt, so dürfen diese im Jahr 2014 nicht als Ertrag gebucht werden, sondern werden wie Vorauszahlungen behandelt und entsprechend unter der Position «Vorausbezahlte Empfangsgebühren» in der Bilanz passiviert, das heisst, sie erscheinen dort als Verpflichtung der SRG (obwohl es sich um Einnahmen handelt). Solche Abgrenzungen können von

Jahr zu Jahr sehr unterschiedlich ausfallen. Im Jahr 2014 zeigte die Bilanz eine Abnahme von 1,3 Millionen Franken (2013 eine Zunahme von 4,8 Millionen Franken).

Gerade die Jahresrechnung der SRG ist ein sehr schönes Beispiel dafür, dass die Grössen Gewinn/Verlust nicht oder nur in Ausnahmefällen deckungsgleich sein müssen mit der Entwicklung der liquiden Mittel. Eine entsprechende Überleitungsrechnung wird von der SRG innerhalb der Geldflussrechnung sowohl für das Stammhaus selber als auch den Konzern offengelegt. Eine Analyse auf Konzernstufe legt die gewichtigen Unterschiede offen: Während im Jahr 2014 ein Gewinn von (wie erwähnt) 8,4 Millionen Franken gezeigt werden konnte, weist der Geldfluss aus Geschäftstätigkeit ein sattes Plus von 160 Millionen (!) Franken aus. Ganz anders präsentierte sich das Bild im Jahre 2013, als bei einem viel höheren Rein-

gewinn von 21 Millionen Franken im Geschäftsbereich ein spürbarer Geldabfluss von 56 Millionen Franken verbucht werden musste.

Bei der sich schon jetzt abzeichnenden Diskussion über den Leistungsauftrag der SRG respektive die damit verbundenen Gebühren ist sorgfältig darauf zu achten, dass mit den stufengerechten Zahlen diskutiert wird; zahlungsbasierte Grössen sind dabei, obwohl in der Öffentlichkeit beliebter, nur bedingt geeignet, da sie aufgrund des Zeitpunkts des Zahlungsanfalles empfindlich auf Schwankungen reagieren können. Interessant dürften aber die von der SRG im Überblick offengelegten Leistungseckwerte sein; dort wird gezeigt, wie hoch das stundenmässige Sendevolumen war, aufgeteilt auf Radio/Fernsehen sowie die Kategorien Eigen-/Fremdproduktion und Wiederholungen. Im Betrachtungszeitraum schwankten diese Werte nur unwesentlich. Nicht ganz überraschend, aber trotzdem erheiternd ist der Umstand, dass beim Fernsehen 2014 rund 60 Prozent der erbrachten 65 000 Stunden Sendevolumen durch Wiederholungen erbracht wurden.

Marco Passardi (41), Prof. Dr. oec. publ., ist Dozent und Projektleiter an der Hochschule Luzern.